

Ausgewählte Beiträge zur Schweizer Politik

Prozess

zivilrechtliche Aufbewahrungspflicht

Impressum

Herausgeber

Année Politique Suisse
Institut für Politikwissenschaft
Universität Bern
Fabrikstrasse 8
CH-3012 Bern
www.anneepolitique.swiss

Beiträge von

Canetg, Fabio

Bevorzugte Zitierweise

Canetg, Fabio 2025. *Ausgewählte Beiträge zur Schweizer Politik: zivilrechtliche Aufbewahrungspflicht, 2012*. Bern: Année Politique Suisse, Institut für Politikwissenschaft, Universität Bern. www.anneepolitique.swiss, abgerufen am 24.06.2025.

Inhaltsverzeichnis

Allgemeine Chronik	1
Wirtschaft	1
Geld, Währung und Kredit	1
Banken	1

Abkürzungsverzeichnis

StGB Schweizerisches Strafgesetzbuch
BankG Bankengesetz

CP Code pénal suisse
LB Loi sur les banques

Allgemeine Chronik

Wirtschaft

Geld, Währung und Kredit

Banken

POSTULAT
DATUM: 14.03.2012
FABIO CANETG

Zusätzlich zum neuen Anlauf für eine Regelung der nachrichtenlosen Vermögen im Bundesgesetz über Banken und Sparkassen (BankG), das 2012 in die Räte kam, **beantragte der Bundesrat dem Parlament die Abschreibung verschiedener Vorstösse zu nachrichtenlosen Vermögen**, die bei der Regierung hängig waren (BRG 11.013). Bis auf einen Vorstoss stimmten die Räte den Abschreibungsantragen des Bundesrats zu. Ein Postulat Fässler-Osterwalder (sp, SG; 09.4040) wurde hingegen nicht abgeschrieben, weil es nach Meinung des Nationalrats nicht nur nachrichtenlose Vermögen betraf. Das Postulat forderte den Bundesrat auf, Bericht über die zivilrechtliche Aufbewahrungspflicht zu erstatten.¹

GESELLSCHAFTLICHE DEBATTE
DATUM: 05.04.2012
FABIO CANETG

Der zweite Bereich des US-Steuerstreits betraf die rund ein Dutzend **in ein strafrechtliches Verfahren verwickelten Banken**, die vornehmlich unbeobachtet von der Öffentlichkeit versuchten, ein individuelles Abkommen mit den US-Behörden abzuschliessen. Auf Druck der Amerikaner lieferten mindestens fünf Banken im Jahresverlauf Mitarbeiterdaten in die USA: Der Bundesrat hatte diese Handlung auf Basis von Artikel 271 StGB bewilligt. Die irritierten Bankmitarbeiter klagten darauf ihre Arbeitgeber wegen Verletzung der Fürsorgepflicht an, worauf diese die Verantwortung an den Bundesrat abschoben. Dieser hielt wiederum fest, dass seine Bewilligung zur Datenlieferung nur vor möglicher strafrechtlicher, jedoch nicht vor zivilrechtlicher Verfolgung befreiende Wirkung entfaltete. Tatsächlich enthielt die Bewilligung des Bundesrats den ausdrücklichen Hinweis auf die zivilrechtlichen Verpflichtungen der Banken aus ihren Arbeitsverhältnissen. Das Vorgehen des Bundesrats erntete trotzdem sowohl juristische als auch politische Kritik.²

1) AB NR, 2010, S. 555 ; AB NR, 2012, S. 431 ; AB SR, 2012, S. 721 ff. ; BBl, 2010, S. 7511 ff.
2) BVGerE, 2012, A-737/2012